

Schwarz-Gelb spart sich die „Soziale Stadt“

2011 kürzt die schwarz-gelbe Bundesregierung den Beitrag des Bundes zur Städtebauförderung. Besonders hart trifft es das erfolgreiche Bund-Länder-Gemeinden-Programm „Soziale Stadt“. Dieses Programm leistet seit 1999 einen wichtigen Beitrag zur Integration in sozialen Brennpunkten. Damit wird nicht nur in Beton, sondern vor allem in den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile investiert. So können diese Quartiere sich wieder stabilisieren, der soziale Niedergang ganzer Wohnviertel wird gebremst.

Das beendet Schwarz-Gelb jetzt. Sie kürzen die Bundesmittel um 70 Prozent. Statt 95 Millionen Euro im Jahr 2010 gibt es 2011 nur noch 28,5 Millionen Euro. Die 2006 eingeführten sozial-integrativen Modellvorhaben in „Soziale Stadt“-Gebieten werden gestrichen. Das ist das Ende für das Programm, das auf Bürgerbeteiligung, Selbsthilfe und Integration setzt und die Wohn- und Lebenssituation in sozialen Brennpunkten verbessern hilft. Schwarz-Gelb verabschiedet sich damit von der bundespolitischen Verantwortung für eine sozial ausgewogene Stadtentwicklungspolitik.

Städte sind mehr als nur Beton

Die SPD-geführte Bundesregierung hat das Programm „Soziale Stadt“ 1999 mit dem Ziel eingeführt, die Abwärtsspirale in sozialen Brennpunkten umzukehren und der sozialen Spaltung der Städte entgegenzuwirken. Wohnviertel sind

vom sozialen Abstieg bedroht, wenn Arbeitslosigkeit, niedriges Bildungsniveau, schwindende Wirtschaftskraft, baulicher Verfall und ethnische Konflikte zusammentreffen. Dazu kommt, dass Menschen, denen es finanziell besser geht, den Gegenden den Rücken kehren. Denn sie fühlen sich dort nicht mehr wohl. Dadurch wird die negative Entwicklung noch beschleunigt. Ganze Stadtteile können dann auf der Kippe stehen, mit verheerenden Auswirkungen für die gesamte Stadt oder Gemeinde.

Aus dieser Erkenntnis entstand 1999 das aktivierende Programm „Soziale Stadt“, das in der Regel zu je einem Drittel aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln finanziert wird. Seither sind fast 600 Gebiete in 350 Städten und Gemeinden in das vom damaligen SPD-Bauminister Franz Müntefering gestartete Programm aufgenommen worden. Mehr als 400 nehmen aktuell teil.



Eröffnung des Basketballplatzes im Rucker Park in Städtallendorf/Hessen, entstanden unter Mitwirkung der Jugendlichen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“.

„Soziale Stadt“ heißt nicht nur bessere Wohnbedingungen und ein lebenswerteres Wohnumfeld mit Grünflächen und Bewegungsräumen, sondern auch Maßnahmen, die die Lebensbedingungen vor Ort und den nachbarschaftlichen Zusammenhalt stärken. Ziel dieses sogenannten sozialräumlichen Ansatzes ist es, die Bildungschancen zu verbessern, Beschäftigung zu schaffen und Eigeninitiative anzuregen.

Getragen wird die „Soziale Stadt“ von den Menschen in den Stadtteilen, von ihrer Kreativität und ihrem Willen zur Veränderung. Ein gemeinsam entwickeltes integriertes Handlungskonzept, das Probleme analysiert, vor allem aber Entwicklungspotenziale aufzeigt, ist deshalb Voraussetzung für die Aufnahme eines Gebiets in das Förderprogramm.

Das Quartiersmanagement ist Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Aktivitäten mit den Bewohnern und bündelt Fördermittel. Denn „Soziale Stadt“ setzt darauf, als Leitprogramm, das in der Städtebauförderung verankert ist, auch Mittel aus anderen Programmen und zusätzliche Investitionen für die positive Entwicklung vor Ort zu bekommen.

Zwei Beispiele:

1. Sachsen-Anhalt: Halle-Neustadt

Halle-Neustadt hat seit 1990 fast die Hälfte seiner Einwohner verloren. Die Arbeitslosenquote liegt bei 22 Prozent. In ausgewählten Wohngebieten des „Soziale Stadt“-Gebietes Halle-Neustadt bietet das Projekt „Big Steps“ arbeitslosen Menschen die Möglichkeit, sich durch vielfältige Einsätze im Stadtteil zu qualifizieren. So werden sie zu Ansprechpartnern für Bürger, pflegen Grünflächen, werden Spielplatzpaten oder helfen älteren Menschen bei den Einkäufen. Ziel ist es, sozial Benachteiligte, arbeitslose Menschen aller Altersgruppen und Migrantinnen und Migranten in das bestehende Sozialgefüge einzubinden. Das Projekt schafft sinnvolle Beschäftigung im direkten Wohnumfeld – davon profitieren nicht nur die beteiligten Arbeitslosen, sondern die gesamte Umgebung und der nachbarschaftliche Zusammenhalt.

2. Bayern: Nürnberg, St. Leonhard/Schweinau

Unter den rund 16.800 Einwohnern von St. Leonhard/Schweinau sind ca. 6.000 Migranten und 3.100 Deutsche mit Migrationshintergrund. Das durch-

schnittliche Haushaltsnettoeinkommen liegt mit 1.327 Euro erheblich unter dem städtischen Durchschnitt von 1.892 Euro. Auffallend in diesem dicht bebauten Stadtteil sind die fehlenden Grün-, Aufenthalts- und Sportflächen.

Im Herbst 2009 begann ein Kooperationsprojekt mit der Zielsetzung, den Informationsfluss und die Kommunikationsstruktur in den Stadtteilen zu verbessern und vor allem auch Migranten mit einzubeziehen.

Ein Projektbaustein ist der Aufbau eines neuen Infoportals (web-TV) von Jugendlichen. In kurzen Videoclips zeigen sie in eigenen Bildern, was sie beschäftigt, was sie stört und was sie gut finden. In der LEONAU.TV-Redaktion werden die Jugendlichen dazu angeleitet, das Portal eigenverantwortlich zu pflegen und ihre ganz eigenen Themen aus dem Stadtteil zu finden.

LEONAU.TV ist bei den Jugendlichen gut angekommen. Sie haben bereits viele eigene Beiträge zum Stadtteil eingestellt. Es bestehen derzeit vor allem enge Kooperationen mit den Schulen und den Kinder- und Jugendhäusern sowie anderen Jugendeinrichtungen.

Quelle: sozialestadt.de

Das Programm „Soziale Stadt“ trägt entscheidend dazu bei

- mit neugestalteten Wohngebäuden und einem attraktiven Wohnumfeld das Image der Stadtviertel zu verbessern,
- mit Grünflächen, Spiel- und Bolzplätzen, Skaterbahnen und Nachbarschaftszentren Treffpunkte für gemeinsame Aktivitäten zu schaffen,
- Kitas und Schulen in Bildungsverbänden zusammenzubringen, die auf das ganze Quartier ausstrahlen,
- die Nahversorgung vor Ort zu verbessern,

- Brücken in Ausbildung und Beschäftigung zu schaffen

- in sozialen Brennpunkten die Abwärtsspirale zu bremsen und die Verschärfung sozialer Konflikte - wie die gewalttätigen Unruhen in den Pariser Vorstädten - zu verhindern.

Vor allem weil die „Soziale Stadt“ die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile direkt an den Entscheidungen beteiligt, ist das Programm so erfolgreich. Die Menschen werden so ernst-, wahr- und mitgenommen. Sie arbeiten in Quartiersräten gemeinsam daran, dass ihre Wohngegend wieder attraktiver und lebenswerter wird.



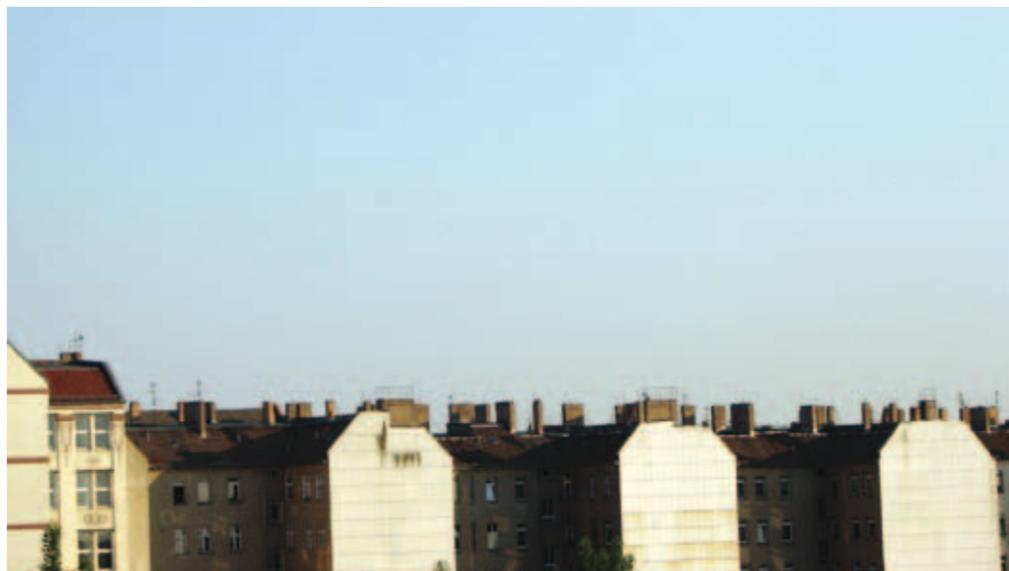
„Soziale Stadt“ nimmt die kleinen Bewohner besonders in den Blick, um ihre Chancen vor Ort zu verbessern.

Das Programm „Soziale Stadt“ trägt zur positiven Identifikation mit dem Wohnviertel bei, es stärkt das bürgerschaftliche Engagement und den Zusammenhalt seiner Bewohnerinnen und Bewohner und überbrückt dabei Alter und soziale Herkunft.

„Soziale Stadt“ leistet Integration vor Ort

Fördergebiete der „Sozialen Stadt“ sind häufig Stadtviertel mit einem hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten. Gerade dort müssen Integrationsaufgaben ganz konkret bewältigt werden. Hier vor Ort, in den Nachbarschaftstreffs und in den Schulen, ist der ideale Anknüpfungspunkt für Integrationsangebote, die Migrantinnen und Migranten in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld erreichen.

Integrationsdebatten beherrschen die politische Diskussion. Von Migrantinnen und Migranten wird verlangt, dass sie sich integrieren. Von „Fördern und Fordern“ ist die Rede. Umso unverständlicher ist dann die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, dieses so erfolgreiche und allseits als wichtig anerkannte Programm um seine wesentlichen Elemente zu kürzen. Das kann nur heißen, Integration wird nicht mehr gefördert, sondern nur noch gefordert. Integrationspolitik ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis der Kanzlerin und ihrer Integrationsbeauftragten.



Das Programm „Soziale Stadt“ wirkt dem Niedergang von Stadtteilen entgegen. Erfolgreich ist der Ansatz, nicht nur bauliche Maßnahmen zu ergreifen, sondern gemeinsam mit den Bewohnern vor Ort die soziale Situation zu verbessern. Doch genau das hat Schwarz-Gelb jetzt ausgebremst.

Diese Nachbarschaftshilfe zahlt sich aus, denn zu den „Stadtteilmüttern“ bauen die Familien eher Vertrauen auf. Auch andere Städte und Gemeinden setzen das Projekt „Stadtteilmütter“ erfolgreich um.

„Soziale Stadt“ vor dem Aus

Schwarz-Gelb kürzt ab 2011 nicht nur drastisch die Bundesmittel für das Programm „Soziale Stadt“, sondern will es in Zukunft auf rein bauliche Aufgaben beschränken. Das ist faktisch das Ende dieses Programms.

Wenn „Soziale Stadt“ als Klammer zur Bündelung von unterschiedlichen Förderprogrammen wegfällt, insbesondere aber das Quartiersmanagement als zentrale Anlaufstelle und Steuerungsinanz vor Ort fehlt, wird der erfolgreiche sozialraumorientierte Ansatz zunichte gemacht.

Das ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die in den

letzten zehn Jahren im Rahmen von „Sozialer Stadt“ in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen mitgearbeitet haben. Mit der Kürzung nehmen Union und FDP bewusst in Kauf, dass diese Menschen ihr Engagement wegen mangelnder Unterstützung enttäuscht aufgeben – zum Schaden der lokalen Demokratie und der Stadtteile.

Denn Wohnungssanierungen lassen sich verschieben, aber mühevoll aufgebaute Netzwerke vor Ort brechen ohne Unterstützung zusammen.

Die Kommunen sind finanziell nicht in der Lage, die ausfallenden Bundesgelder zu kompensieren und auch den Ländern wird das schwerfallen. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle.

Das ist kurzsichtige Rotstiftpolitik, die nicht nur die positiven Entwicklungen in sozialen Brennpunkten gefährdet, sondern den sozialen Frieden in den Städten insgesamt bedroht.

Kluge Stadtentwicklungspolitik für den sozialen Zusammenhalt

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert:

- Das Programm „Soziale Stadt“ mit seinen sozial-integrativen, nicht-investiven Komponenten als Programm innerhalb der Städtebauförderung muss erhalten und gestärkt werden – besonders für Integrationsaufgaben.
- Die Bundesmittel für die Städtebauförderung müssen auf dem bisherigen Niveau bleiben. Der Bund steht in der Verantwortung für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Städte und Gemeinden.
- Kommunen und Projektbeteiligte brauchen Planungssicherheit, denn Stadtentwicklung ist ein langfristiger Prozess. Die Programme dürfen nur auf Grundlage der programmbegleitenden Auswertung fortentwickelt werden. Dabei sind die Länder, Kommunen und die an der Programmumsetzung Beteiligten einzubeziehen.

Mehr Informationen zu den Projekten der „Sozialen Stadt“ gibt es hier: sozialestadt.de



Schwarz-Gelb: Klientelpolitik, Verunsicherung, Spaltung

Soziale Brennpunkte ins Abseits gestellt

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: JOAN MIRBACH, BRIGITTE DEJA | **REDAKTION:** ANJA LINNEKUGEL

© **FOTOS:** JMS_FOTO / PHOTOCASE.COM (TITEL), BÜRO BARTOL MdB (S. 2), ALFRED SAMUEL MAURER - FOTOLIA.COM (S. 5)

ERSCHIENEN: FEBRUAR 2011

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.